

Amarel, Sofia; Endl-Geyer, Victoria; Rainer, Helmut; Amaral, Sofia

Article

Familiäre Gewalt und die Covid-19-Pandemie: Ein Überblick über die erwarteten Auswirkungen und mögliche Auswege

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Amarel, Sofia; Endl-Geyer, Victoria; Rainer, Helmut; Amaral, Sofia (2020) : Familiäre Gewalt und die Covid-19-Pandemie: Ein Überblick über die erwarteten Auswirkungen und mögliche Auswege, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 73, Iss. 07, pp. 52-56

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/225154>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sofia Amaral, Victoria Endl-Geyer und Helmut Rainer

Familiäre Gewalt und die Covid-19-Pandemie: Ein Überblick über die erwarteten Auswirkungen und mögliche Auswege

IN KÜRZE

Ausgangsbeschränkungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie haben möglicherweise unbeabsichtigte soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Kosten verursacht, da diese mit einer Zunahme von häuslicher Gewalt einhergehen. Häusliche Gewalt kann in Form von Gewalt durch den Lebenspartner oder auch in Form von Vernachlässigung und Missbrauch von Kindern auftreten. Es wird erwartet, dass die Pandemie durch ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt die Schwere und Häufigkeit von familiärer Gewalt weiter erhöhen wird. Es gibt jedoch Möglichkeiten, wie Regierungen dieser Entwicklung entgegenwirken können, indem sie i) den Zugang zu Sozialleistungen für bestimmte Zielgruppen erleichtern und ii) die Prozesse vereinfachen, über die Opfer von häuslicher Gewalt Hilfe erhalten können.

Maßnahmen auch zu unbeabsichtigten Folgen für Familien, da nach gegenwärtigem Erkenntnisstand die Gefahr familiärer Gewalt substanziell angestiegen ist. Unter familiärer Gewalt versteht man gemeinhin Gewalt, die unter Haushaltsmitgliedern auftritt. Diese kann entweder von Lebenspartnern ausgeübt werden oder in Form von Misshandlung oder Vernachlässigung von Kindern auftreten (vgl. O'Donnell et al. 2020a; 2020b). Betrachtet man die aus der Covid-19-Krise entstandenen Kosten, spielen neben den wirtschaftlichen Einschnitten auch die sozialen Auswirkungen innerhalb der Familie eine entscheidende Rolle. Von letzteren geht man davon aus, dass sie noch über Jahre hinweg zu spüren sein werden.

Familiäre Gewalt ist über Länder hinweg weit verbreitet und stellt wegen ihres Einflusses auf die Gesundheit, die Arbeitsleistung und steigenden Gesundheitsausgaben der Opfer eine der kostspieligsten Formen von Gewalt in unserer Gesellschaft dar (vgl. Chalfin 2005; Bindler und Ketel 2019). Weltweit erfährt eine von drei Frauen in ihrem Leben physische, emotionale oder sexuelle Gewalt durch ihren Lebenspartner (vgl. WHO 2015). In Europa sind 33% aller Frauen mindestens einmal in ihrem Leben häuslicher Gewalt ausgesetzt und der Großteil der Morde an Frauen ist auf Tötungsdelikte durch den Lebenspartner zurückzuführen. Im aktuellen Kontext der Covid-19-Pandemie zeigen erste Zahlen aus US-Großstädten, dass im ersten Monat der Ausgangssperre 12% mehr Notrufe in Verbindung mit familiärer Gewalt eingingen und auch die Melderate von Erst-

Der Covid-19-Ausbruch brachte erhebliche Veränderungen für Familien mit sich. Eine bedeutende Beeinträchtigung im Alltag stellten die von der Regierung verhängten Ausgangsbeschränkungen dar. Diese wurden verhängt, um den sozialen Kontakt einzudämmen und die weitere Verbreitung der Krankheit zu verhindern bzw. zu verlangsamen. Ohne Zweifel war diese Maßnahme ein wichtiger Schritt, um die Infektions- und Sterberate verbunden mit Covid-19 zu senken. Jedoch führten und führen diese



Sofia Amaral, Ph.D.

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik.



Victoria Endl-Geyer

ist Doktorandin im ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik.



Prof. Helmut Rainer, Ph.D.

leitet das ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik und ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Sozialpolitik und Arbeitsmärkte, an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

fern 4 Prozentpunkte höher lag als sonst (vgl. McCrary und Sanga 2020).

Lenken wir unseren Blick auf Kindesmissbrauch, erfahren weltweit schätzungsweise 300 Millionen Kinder zwischen zwei und vier Jahren regelmäßig physische und/oder psychische Gewalt durch ihre Eltern (vgl. UNICEF 2014). In den USA werden beispielweise jedes Jahr etwa 4 Millionen Fälle von mutmaßlicher Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung gemeldet (vgl. Aizer und Doyle 2018).

Diese Statistiken sind in jedem Jahr wieder besorgniserregend. Dennoch erhöht sich durch den aktuellen Kontext und die gestiegenen Verletzungsrisiken der Opfer die Dringlichkeit, die Ursachen der oben genannten Gewaltformen zu ergründen und mögliche Auswege aufzuzeigen. In diesem Artikel geben wir einen Überblick über die Literatur, die sich mit diesen Fragestellungen beschäftigt, und gehen hierbei sowohl auf die Auswirkungen der Ausgangsbeschränkung als auch der damit einhergehenden Wirtschaftsrezession ein.

AUSWIRKUNGEN VON AUSGANGS-BESCHRÄNKUNGEN

Um der Verbreitung des Coronavirus entgegenzuwirken, führten die meisten Länder Ausgangsbeschränkungen oder -sperren ein, so dass die Bewegungsfreiheit und der soziale Kontakt der Menschen eingeschränkt wurden. Diese Politikmaßnahmen könnten das Risiko und die Schwere von Straftaten im familiären Kontext erhöht haben. Gemäß der sogenannten Exposure-Theorie verbringen Opfer – zumeist Frauen – mehr Zeit mit gewalttätigen Partnern, die typischerweise männlich sind, und das Missbrauchsrisiko steigt somit (vgl. Dugan, Nagin und Rosenfeld 2003). Des Weiteren verbringen die Familien mehr Zeit als sonst zu Hause, und das allgemeine Stresslevel der Haushaltsmitglieder steigt, was einen bekannten Risikofaktor für Missbrauch darstellt (vgl. Anderson und Barlett 2013; Cesur und Sabia 2016). Zudem haben Opfer von häuslicher Gewalt durch die Isolierung weniger Möglichkeiten, sich informelle Unterstützung bei Freunden oder Familie zu suchen. Dies erhöht ebenfalls das Missbrauchsrisiko (vgl. O'Donnell et al. 2020a).

Es spielen allerdings nicht nur die Möglichkeiten für informelle Unterstützung durch Freunde und Familie eine Rolle, sondern auch die außerhalb des privaten Kreises. Servicestellen, die für häusliche Gewalt zuständig sind, sind entweder ausgelastet oder erst gar nicht verfügbar. Zum Beispiel sind Polizei, Krankenhäuser oder andere Anlaufstellen während einer Pandemie nicht immer in der Lage, Opfer häuslicher Gewalt angemessen zu betreuen. Dies wiederum erhöht das Missbrauchsrisiko und schränkt die Möglichkeiten von Hilfe suchenden Opfern ein.

Zudem sind auch unbeabsichtigte Folgen bei den Lockerungen von Ausgangsbeschränkungen zu beach-

ten. Große Sportereignisse stehen in Verbindung mit vielen Emotionen und Alkoholkonsum, was beides das Risiko von familiärer Gewalt erhöht. Bestehen also weiterhin Ausgangsbeschränkungen während beispielsweise Fußballspiele wieder erlaubt und im Fernsehen übertragen werden, birgt das eine erhöhte Gefahr für Gewaltvorfälle innerhalb der Familie. Card und Dahl (2011) zeigen in ihrer Studie, dass nach Footballspielen mit einer unerwarteten Niederlage für das heimische Team die Melderaten von häuslicher Gewalt steigen.

Mit den Ausgangsbeschränkungen steigt auch das Risiko der Vernachlässigung und des Missbrauchs von Kindern, da diese dadurch vermehrt mit ihren Eltern interagieren und dem elterlichen Stress ausgesetzt sind. Schulen und Lehrer spielen eine wichtige Rolle bei der Identifizierung von Opfern häuslicher Gewalt. Zum Beispiel zeigen Benson, Bondurant und Fitzpatrick (2020) anhand von Daten aus den USA, dass es in den meisten Fällen Lehrer sind, die Kindesmissbrauch den sozialen Anlaufstellen melden. Mit der Schließung der Schulen während der Ausgangsbeschränkungen entfällt die Möglichkeit einer solchen Identifizierung. Die Autoren betonen auch, dass Meldungen von Kindesmissbrauch vermehrt zu Beginn und am Ende des Schuljahres auftreten – 30 bis 65% häufiger als im Sommer, wenn Schulkinder Ferien haben.

Diese Beobachtungen verdeutlichen eine der gravierendsten sozialen Konsequenzen der Ausgangsbeschränkungen – nämlich eine Zunahme der Gewalt innerhalb der Familie. Langfristig ist darüber hinaus zu erwarten, dass durch die Folgen für misshandelte Kinder das Bildungsniveau sinkt und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass betroffene Kinder negative Verhaltensweisen entwickeln, die etwa in Jugendkriminalität münden (vgl. Doyle 2008; Currie und Tekin 2006).

Ein besonders wichtiges Merkmal von häuslicher Gewalt ist schließlich, dass während einer Schwangerschaft Frauen und ungeborene Kinder einem erhöhten Missbrauchsrisiko ausgesetzt sind (vgl. WHO 2015). Dies stellt einen erheblichen Beeinträchtigungsfaktor für Säuglinge und Mütter dar, da die Gesundheitsrisiken sowohl für Mütter als auch für Neugeborene steigen (vgl. Currie, Mueller-Smith und Rossin-Slater 2018). Die Ausgangsbeschränkungen und die damit verbundene wirtschaftliche Unsicherheit kann außerdem den Stress in Zusammenhang mit einer Schwangerschaft erhöhen, was wiederum zu einer erhöhten Viktimisierungsgefahr führen kann. So waren während der Zikavirus-Epidemie in Kolumbien Frauen, die stärker von der Epidemie betroffen waren, auch öfter Opfer von häuslicher Gewalt, da diese ihre einvernehmlichen sexuellen Aktivitäten einschränkten (vgl. Cortésa et al. 2018). Der aktuelle Kontext stellt sich den gleichen Herausforderungen für schwangere Frauen, die unter Umständen keine Möglichkeit haben, bei Familie,

Ärzten oder anderen Anlaufstellen von ihrer Situation zu berichten.

DIE AUSWIRKUNGEN VON ARBEITSLOSIGKEIT UND WIRTSCHAFTLICHEM ABSCHWUNG

Empirische Studien zu den Auswirkungen von wirtschaftlichen Bedingungen auf die Gewalt zwischen Lebenspartnern beleuchten die Folgen von Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen. Aizer (2010) untersucht in den USA empirisch den Zusammenhang zwischen Veränderungen beim geschlechtsspezifischen Lohnunterschied und häuslicher Gewalt. Die Autorin stellt fest, dass mit einem reduzierten Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern – durch verbesserte Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Frauen – die Gewalt sinkt. Genauer gesagt, geht mit einem Rückgang des geschlechtsspezifischen Lohnunterschiedes um 3,6 Prozentpunkte ein 9%iger Rückgang der Fälle häuslicher Gewalt einher. Anderberg et al. (2016) untersuchen die Auswirkungen von geschlechterspezifischen Arbeitsmarktbedingungen in England und Wales und kommen zu dem Schluss, dass sich häusliche Gewalt zwar mit der Gesamtarbeitslosenrate nicht verändert, die Effekte je nach geschlechterspezifischen Arbeitslosenraten aber sehr unterschiedlich sind. Konkret zeigen die Autoren, dass häusliche Gewalt abnimmt, wenn die Arbeitslosenrate der Männer steigt. Im Gegensatz dazu erhöht ein Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit die häusliche Gewalt in einer Größenordnung von 10%. Dies bedeutet, dass eine relative Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen von Frauen Gewalt in der Familie erhöht. Erklären lässt sich dieser Effekt durch eine steigende finanzielle Abhängigkeit von Frauen von ihren Partnern, die das Beenden einer gewalttätigen Beziehung erschweren kann. Demgemäß stellen auch Harknett et al. (2016) anhand einer Stichprobe von Müttern aus den USA fest, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten – gemessen durch Arbeitslosigkeit – die Anfälligkeit für gewalttätiges oder kontrollierendes Verhalten des Partners erhöht. Diese Ergebnisse sind über verschiedene Kontexte hinweg konsistent und zeigen übereinstimmend, dass eine wirtschaftlich prekäre Lage das Risiko von Gewalt durch den Lebenspartner erhöht (vgl. Baranov et al. 2020).

In Bezug auf die Misshandlung oder Vernachlässigung von Kindern deutet der Forschungsstand darauf hin, dass Einbrüche in der Wirtschaft die Gefahr bergen, dass Eltern gegenüber ihren Kindern Gewalt ausüben. Zum Beispiel kommen Brown und De Cao (2018) zu dem Ergebnis, dass ein Anstieg der Arbeitslosenrate um einen Prozentpunkt mit einem 20%igem Anstieg der Vernachlässigung von Kindern einhergeht, während keine Auswirkung auf die Kindesmisshandlung gefunden wird. Betrachtet man allerdings die Arbeitslosenraten disaggregiert, zeigt sich, dass ein Anstieg in der Arbeitslosenrate der Männer die Inzidenz der Kindesmisshandlung erhöht, da Väter

dadurch mehr Zeit als gewöhnlich mit ihren Kindern verbringen (vgl. Hansen, Lindo und Schaller 2018). Für Niedriglohnländer zeigen empirischen Studien auch, dass negative Einkommensschocks – z.B. durch eine nachteilige Veränderung der Regenfälle, die die landwirtschaftliche Produktion verringern – die Kindersterblichkeit erhöhen und auch die Vernachlässigung von Kindern verstärken (vgl. Rose 1999; Maccini und Yang 2009).

Nach Schätzungen der internationalen Arbeitsorganisation wird es weltweit zu einem Verlust von 305 Millionen Arbeitsplätzen als Folge der Pandemie kommen. Mit Blick auf die existierende Forschung lässt sich mutmaßen, dass die damit einhergehenden wirtschaftlichen Notlagen von Familien, begleitet von großen Beeinträchtigungen der elterlichen Rollen und familiären Stress, das Risiko häuslicher Gewalt weiter verschärfen werden.

MÖGLICHE AUSWEGE

Die mangelnde Datengrundlage zu familiärer Gewalt erschwert es, ihr wirkliches Ausmaß abzuschätzen und wirksame Politikmaßnahmen zu implementieren. Aufgrund der oben genannten sozialen und wirtschaftlichen Einschnitte wird jedoch erwartet, dass die Pandemie bereits zu einer Zunahme der familiären Gewalt geführt hat und noch weiter führen wird. Ein Blick auf mögliche politische Lösungen zur Verhinderung dieser Form von Gewalt zeigt auch, dass es Wege gibt, die zur Minderung der negativen Auswirkungen einer Pandemie beitragen können. Auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse stellen wir zwei wesentliche Instrumente vor, die bewirken können, dass Frauen und Kinder innerhalb der Familie sicherer sind.

Zum einen zeigen Studien, dass Politikmaßnahmen, die es Familien ermöglichen, Einkommensschocks abzufedern, familiäre Gewalt verringern. Zu diesen gehören direkte Geldtransfers, Einkommenssteuervergünstigungen oder die Erhöhung des Kindergeldes (vgl. Heise, Hidrobo und Peterman 2016; Cancian, Slack und Yang 2013; Berger et al. 2017).

Ein weiterer Teil der Literatur befasst sich mit der Rolle wirksamer institutioneller Maßnahmen. Kavanaugh, Trako und Sviatschi (2018) zeigen, dass ein verbesserter Zugang zu offiziellen Anlaufstellen für häusliche Gewalt – gemessen als Distanz zur nächsten Rechtsbehörde ausschließlich für Frauen – die Meldezahlen von häuslicher Gewalt erhöht. Miller und Segal (2019) kommen zu dem Schluss, dass die Steigerung der Repräsentation von Frauen in der Polizeiarbeit auch die Inanspruchnahme der Polizeidienste unter den Opfern verbessert, was wiederum eine Eskalation der familiären Gewalt verhindert.

Diese Studien heben zwei Schlüsselaspekte hervor, die für die Bekämpfung von häuslicher Gewalt entscheidend sind. Erstens zeigen sie, dass Politikmaßnahmen, die darauf abzielen, Einkommenseinbußen von Familien abzumildern, zu weniger familiärer

Gewalt führen. Des Weiteren verbessern sie gleichzeitig die Art und Weise, wie Familien sich selbst helfen – d.h., dass sie nach einer offiziellen Anlaufstelle suchen, die sie als geeignet erachten, um Missbrauchsvorfälle aufzudecken.

Ähnlich verhält es sich mit der Misshandlung und Vernachlässigung von Kindern. Die Evidenz zeigt, dass Lehrer und Erzieher in Kindergärten wichtige Akteure sind, wenn es darum geht, Fälle von Vernachlässigung und Missbrauch zu erkennen. Daher stellt die Einschränkung dieser Interaktion – in etwa durch Schulschließungen – ein erhebliches Risiko für das Wohl der Kinder dar. Die Möglichkeit für Kinder, Bildungseinrichtungen außerhalb des Elternhauses zu besuchen, kann auch die Situation dahingehend verbessern, dass Eltern besser mit Stress umgehen können und den Alltag ohne den Einsatz missbräuchlicher Erziehungsmethoden meistern. So stellen Sandner und Thomsen (2018) z.B. fest, dass der Krippenausbau in Deutschland ab Mitte der 2000er Jahre die Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern um 21,4% reduziert hat.

Ein weiterer Bereich betrifft schließlich Maßnahmen, die soziale Normen in Bezug auf häusliche Gewalt adressieren und verbessern. Forschung zu dieser Art von Interventionen zeigt, dass soziale Normen in Zusammenhang mit der Familie formbar sind und Missbrauch sogar dann verhindert werden kann, wenn die Raten hoch und das Bild der Männlichkeit in der Gesellschaft tief verwurzelt ist (vgl. Cooper, Green und Wilke 2017). In Zusammenhang mit der Ebola-Pandemie zeigen Bandiera et al. (2018), dass allgemein mit einer wirtschaftlichen Notlage das riskante Sexualverhalten von Mädchen zunimmt, aber geeignete Politikmaßnahmen dazu führen, dass durch außerschulische Kurse die gravierenden Folgen der Pandemie halbiert werden und Schulabbruchraten reduziert werden können. Solche Programme sind nicht nur skalierbar und relativ günstig in der Umsetzung, sondern auch wirksam in der Reduzierung von Gewalttaten und bei der Suche der Opfer nach Unterstützung. Während einer Pandemie können über Hilfsprogramme dieser Form von Opfern Informationen darüber zugänglich gemacht werden, wie sie über Online- und offizielle Servicestellen Unterstützung erhalten können.

ABSCHLIESSENDE BETRACHTUNG

Die Covid-19-Pandemie stellt einen beispiellosen und gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Einschnitt für den Alltag von Familien dar. Einige der Maßnahmen, die zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus ergriffen wurden, wie die Anordnung von Ausgangsbeschränkungen und die Schließung von Schulen, haben möglicherweise unbeabsichtigte soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Kosten verursacht, da diese mit einer Zunahme von häuslicher Gewalt einhergehen. Diese kann in Form von Gewalt durch den Lebenspartner oder auch in Form von Vernachlässigung und Missbrauch von Kindern auftreten. Neben den geschätzten unmittelbaren Folgen wird erwartet, dass die Pandemie durch ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt die Schwere und Häufigkeit von Gewalt weiter erhöhen wird. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie Regierungen und auch die Zivilgesellschaft diese Kosten erfolgreich senken können, indem sie i) sich auf die Verbesserung des Zugangs zu Sozialleistungen konzentrieren, die das Gesamteinkommen der Haushalte von Risikofamilien erhöhen, und ii) die Prozesse erleichtern, über die Opfer von häuslicher Gewalt Hilfe suchen können, indem die Polizei, Sozialdienste, Schulen und die lokale Gemeinschaft geschult und gestärkt werden, Gewalttaten zu erkennen und zu melden.

sigung und Missbrauch von Kindern auftreten. Neben den geschätzten unmittelbaren Folgen wird erwartet, dass die Pandemie durch ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt die Schwere und Häufigkeit von Gewalt weiter erhöhen wird. Es gibt jedoch eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie Regierungen und auch die Zivilgesellschaft diese Kosten erfolgreich senken können, indem sie i) sich auf die Verbesserung des Zugangs zu Sozialleistungen konzentrieren, die das Gesamteinkommen der Haushalte von Risikofamilien erhöhen, und ii) die Prozesse erleichtern, über die Opfer von häuslicher Gewalt Hilfe suchen können, indem die Polizei, Sozialdienste, Schulen und die lokale Gemeinschaft geschult und gestärkt werden, Gewalttaten zu erkennen und zu melden.

LITERATUR

Aizer, A. (2010), »The gender wage gap and domestic violence«, *American Economic Review* 100(4), 1847–1859.

Aizer, A. und J. J. Doyle Jr (2018), »Economics of child protection: Maltreatment, foster care, and intimate partner violence«, *Annual review of economics* 10, 87–108.

Anderberg, D., H. Rainer, J. Wadsworth und T. Wilson (2016), »Unemployment and domestic violence: Theory and evidence«, *The Economic Journal* 126(597), 1947–1979.

Anderson, C. A. und C. P. Barlett (2012), »Examining media effects: The general aggression and general learning models«, in: *The international encyclopedia of media studies*, Wiley-Blackwell.

Bandiera, O., N. Buehren, M. Goldstein, I. Rasul und A. Smurra (2018), *The economic lives of young women in the time of Ebola: lessons from an empowerment program*. World Bank, Washington, D.C.

Baranov, V., L. Cameron, D. Contreras Suarez und C. Thibout (2020), »Theoretical underpinnings and meta-analysis of the effects of cash transfers on intimate partner violence in low-and middle-income countries«, *The Journal of Development Studies*, 1–25.

Benson, C., S. R. Bondurant und M. D. Fitzpatrick (2020), »Beyond reading, writing, and arithmetic: The role of teachers and schools in reporting child maltreatment«, NBER Working Paper No. 27033.

Berger, M., S. A. Font, K. S. Slack und J. Waldfogel (2017), »Income and child maltreatment in unmarried families: Evidence from the earned income tax credit«, *Review of Economics of the Household* 15(4), 1345–1372.

Bindler, A. L. und N. Ketel (2019), »Scaring or scarring? Labour market effects of criminal victimization«, CEPR Discussion Paper.

Brown, D. und E. De Cao (2018), »The impact of unemployment on child maltreatment in the United States«, ISER Working Paper Series No. 2018-04.

Cancian, M., K. S. Slack und M. Y. Yang (2013), »The effect of additional child support income on the risk of child maltreatment«, *Social Service Review* 87(3), 417–437.

Card, D. und G. B. Dahl (2011), »Family violence and football: The effect of unexpected emotional cues on violent behavior«, *The Quarterly Journal of Economics* 126(1), 103–143.

Cesur, R. und J. J. Sabia (2016), »When war comes home: The effect of combat service on domestic violence«, *Review of Economics and Statistics* 98(2), 209–225.

Chalfin, A. (2015), »Economic costs of crime«, in: *The encyclopedia of crime and punishment*, Wiley-Blackwell, 1–12.

Cooper, J., D. Green und A. Wilke (2017), *Reducing intimate partner violence through informal social control: A mass media experiment in rural Uganda*, Technical report Columbia University.

Cortésa, D., L. F. Gamboab, P. Rodríguez-Lesmes und C. Vélez (2018), »The causal effect of contraceptive efforts on intimate partner violence: Evidence from the Zika crisis in Colombia«, mimeo.

Currie, J., M. Mueller-Smith und M. Rossin-Slater (2018), »Violence while in utero: The impact of assaults during pregnancy on birth outcomes«, NBER Working Paper No. 24802.

Currie, J. und E. Tekin (2006), »Does child abuse cause crime?«, NBER Working Paper No. 12171.

- Doyle Jr, J. J. (2008), »Child protection and adult crime: Using investigator assignment to estimate causal effects of foster care«, *Journal of political Economy*, 116(4), 746–770.
- Dugan, L., D. S. Nagin und R. Rosenfeld (2003), »Exposure reduction or retaliation? The effects of domestic violence resources on intimate-partner homicide«, *Law & society review* 37(1), 169–198.
- Hansen, B., J. M. Lindo und J. Schaller (2018), »Caution! Men not at work: Gender-specific labor market conditions and child maltreatment«, *Journal of Public Economics* 163, 77–98.
- Harknett, K., S. McLanahan und D. Schneider (2016), »Intimate partner violence in the great recession«, *Demography* 53(2), 471–505.
- Heise, L., M. Hidrobo und A. Peterman (2016), »The effect of cash, vouchers, and food transfers on intimate partner violence: Evidence from a randomized experiment in Northern Ecuador«, *American Economic Journal: Applied Economics* 8(3), 284–303.
- ILO (2020), »COVID-19 and the world of work«, *Policy report*, International Labour Organization.
- Kavanaugh, G., M. Sviatschi und I. Trako (2018), »Women officers, gender violence and human capital: Evidence from women’s justice centers in Peru«, verfügbar unter: <https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-01828539/document>.
- Maccini, S. und D. Yang (2009), »Under the weather: Health, schooling, and economic consequences of early-life rainfall«, *American Economic Review* 99(3), 1006–1026.
- McCrary, J. und S. Sanga (2020), »The impact of the coronavirus lockdown on domestic violence«, SSRN 3612491, verfügbar unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3612491.
- Miller, A. R. und C. Segal (2019), »Do female officers improve law enforcement quality? Effects on crime reporting and domestic violence«, *The Review of Economic Studies* 86(5), 2220–2247.
- O’Donnell, M., S. Oertelt-Prigione, A. Peterman, A. Potts, N. Shah, K. Thompson und N. Van Gelder (2020a), »COVID-19: Reducing the risk of infection might increase the risk of intimate partner violence«, *EClinicalMedicine*, 21.
- O’Donnell, M., S. Oertelt-Prigione, A. Peterman, A. Potts, N. Shah, K. Thompson und N. Van Gelder (2020b), »Pandemics and violence against women and children«, Center for Global Development working paper, 528.
- Rose, E. (1999), »Consumption smoothing and excess female mortality in rural India«, *Review of Economics and Statistics* 81(1), 41–49.
- Sandner, M. und S. L. Thomsen (2018), »The effects of universal public childcare provision on cases of child neglect and abuse«, IZA Working Paper No. 11687.
- UNICEF (2014), *Violence against Children in East Asia and the Pacific*, verfügbar unter: <https://www.unicef.org/eap/media/2901/file/violence.pdf>, aufgerufen am 25. Juni 2020.
- WHO (2015), Global and regional estimates of violence against women, verfügbar unter: <https://www.who.int/reproductivehealth/publications/violence/9789241564625/en/>, aufgerufen am 25. Juni 2020.